

**Andreas Wehr**

Kongress der Alternativen Linken in Zürich am 5. März 2011

## **Rein gehen, draußen bleiben, Rechte verteidigen**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung! Ich bin gern nach Zürich gekommen. Und vielleicht kann ich hier einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass auch in der Schweiz eine neue und starke linke Kraft entsteht. Die Zeit ist überall in Europa reif für eine solch neue linke Kraft jenseits der neoliberal gewendeten Sozialdemokratie. Und warum soll nicht auch in der Schweiz eine Partei Erfolg haben, wie wir sie in Luxemburg mit *Dei Lénk*, in Frankreich mit der *Parti de Gauche*, in den Niederlanden mit der Sozialistischen Partei und in Deutschland mit der Linken sehen? Ich wünsche mir das jedenfalls sehr, und ich bin sicher, dass ich dies auch im Namen der gesamten Partei DIE LINKE sagen kann.

Ihr habt mich eingeladen, um mit mir über die Linke und die EU zu sprechen. Ich will das gern tun und werde dabei meine Ausführungen in drei Teile gliedern. Zunächst möchte ich ein wenig von außen auf das Verhältnis der Schweiz zur EU zu sprechen kommen. Anschließend erörtere ich generelle Möglichkeiten und Chancen einer linken Politik in der Europäischen Union. Dabei werde ich mich vor allem kritisch mit den europapolitischen Positionen von Jürgen Habermas auseinandersetzen. Abschließen möchte ich mit Ausführungen zur gegenwärtigen Euro-Krise.

### **I.**

Zunächst also einige knappe Anmerkungen zur neuen Debatte über eine mögliche Mitgliedschaft der Schweiz in der EU. Ich kann von außen natürlich nur schwer einschätzen, ob es überhaupt eine tiefgehende Debatte darüber in eurem Land gibt. Ich habe vernommen, dass sich die schweizerische Sozialdemokratie neuerdings vehement für eine Mitgliedschaft des Landes in der EU einsetzt. Doch habe ich die Schweiz bislang nicht als ein Land wahrgenommen, in dem die Sozialdemokratie das Sagen hat. Ein so großer "Kenner" der schweizerischen Verhältnisse wie der deutsche Sozialdemokrat Peer Steinbrück traut der hiesigen SP denn wohl auch nicht zu, in dieser Frage für eine Richtungsänderung sorgen zu können. Ich beziehe mich dabei auf ein Interview mit ihm in der Zeitung *Südostschweiz*. Darin erklärte er, dass „ein EU-Beitritt“ nicht zur Schweiz „passe“. Rechte Politiker sehen das offensichtlich auch so. Auf der CSU-Klausurtagung in Wildbad Kreuth erklärte die Schweizer Bundesrätin Doris Leuthard kürzlich, dass ein Beitritt des Landes zur EU nicht aktuell sei. Gemäß dem Informationsdienst *EU-Info Deutschland* führte sie als Begründung dafür an: „Gerade diese Situation mit dem Euro hat nicht unbedingt Vertrauen in funktionierende Mechanismen gestärkt.“ Und weiter: „Die EU ist auch ein schwerfälliges Konstrukt geworden, ein Konstrukt, das wahrscheinlich im Moment noch sehr viel mit sich selbst beschäftigt ist.“

Vor diesem geschilderten Hintergrund kann ich schwer einschätzen, wie ernsthaft die neue Debatte über einen Beitritt der Schweiz zur EU überhaupt ist. Als jemand, der von außen kommt, verbietet es sich für mich, euch in dieser Frage Ratschläge zu geben. Über die Frage der EU-Mitgliedschaft eines Landes können nur alleine die Mitglieder der betroffenen Partei entscheiden. So halten es übrigens alle Mitgliedsparteien der linken Fraktion im Europäischen Parlament, in der GUE/NGL, etwa mit dem aktuellen Beitrittswunsch Islands. Den dortigen Linken empfehlen wir nichts. Werden wir allerdings gefragt, so geben wir Auskunft über unsere Erfahrungen als Linke in der EU. So will ich es hier auch halten.

Ich möchte daher auf einige Fakten aufmerksam machen, die sich jeder leicht selbst beschaffen kann. Zunächst einmal ist es kein Geheimnis, dass die herrschenden Kreise des europäischen Finanzkapitals die Schweiz sehr gern in der EU sähen. Deshalb hat ja kürzlich der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker die Schweiz zum EU-Beitritt aufgefordert. Der starke Finanzsektor des Landes würde in der EU den schon jetzt größten Finanzmarkt der Welt weiter stärken. Die hoch entwickelte schweizer Industrie und die überaus wettbewerbsfähigen Dienstleistungsbranchen des Landes würden ohne Schwierigkeiten in den europäischen Binnenmarkt passen. Die Schweiz wäre zudem ein willkommener Nettozahler in die Kassen der EU. Sie könnte zugleich mit dem Beitritt den Euro einführen. Ohne Zweifel würde das Land von Beginn an in der EU die Rolle einer mittelgroßen Wirtschaftsmacht spielen.

Auf einem anderen Blatt steht hingegen, dass das politische Gewicht der Schweiz innerhalb der EU nur das eines kleinen Landes wäre. Denn hier geht es nach der Einwohnerzahl. Mit gut 7,8 Millionen Bürgern bringt die Schweiz in etwa so viel Gewicht wie Bulgarien mit seinen 7,7 Millionen Einwohnern auf die Waagschale. Und für Bulgarien bedeutet dies, dass es nur 17 Abgeordnete in das Europäische Parlament entsendet. Dies sind 17 unter gegenwärtig 736. Zum Vergleich: Deutschland schickt 99, Frankreich und Italien entsenden jeweils 72. 17 Abgeordnete bedeuten für Bulgarien, dass nicht einmal in allen 20 Ausschüssen des Europäischen Parlaments zumindest ein Abgeordneter des Landes als Vollmitglied vertreten sein kann. Noch ungünstiger ist die Situation, rechnet man die vier nicht ordentlichen Ausschüsse hinzu. Parlamentarische Demokratie sieht aus meiner Sicht anders aus!

Nicht anders wäre die Rolle der Schweiz im Europäischen Rat. Dort verteilen sich ab 2014 die Stimmgewichte gemäß den Regelungen des Lissabonner Vertrags nach der Einwohnerzahl der Mitgliedsländer. Dies hatten die bevölkerungsstarken Staaten Deutschland und Frankreich bereits im Europäischen Konvent so durchgesetzt. Durch diese Umstellung vergrößert sich der zukünftige Anteil Deutschlands im Rat um nicht weniger als 102 Prozent, für Frankreich um 47, für Großbritannien und Italien um jeweils 44 Prozent. Die Stimmenanteile für die mittleren und kleinen Länder verringern sich demgegenüber. Bulgarien wird dann einen Anteil von nicht einmal zwei Prozent haben und damit deutlich schwächer als gegenwärtig im Rat vertreten sein. Auch die Schweiz würde sich daher auf einem solch niedrigen Niveau wiederfinden. Die eigenen nationalen Interessen kann ein kleines Land im Rat daher nur im Bündnis mit starken zur Geltung bringen. Von der nationalen Souveränität bleibt da nicht mehr viel übrig!

Doch das ist nur die Seite der Repräsentanz. Die politischen Konsequenzen kann ich hier nur andeuten. Als Mitglied der EU müsste sich die schweizer Bevölkerung der Herrschaft der vier Binnenmarktfreiheiten der Union unterwerfen. Es würden die vertraglich festgelegten Waren-, Kapital-, Dienstleistungs- und Personenfreiheiten gelten. Seit Jahren geht in der EU der Druck zur Öffnung der Energiemärkte und zur Privatisierung von Post und Bahn von der EU aus. Auch dieser Politik müsste sich ein neues Mitgliedsland Schweiz vollständig unterwerfen. Der Binnenmarkt verlangt zudem die Ausschreibungspflicht für alle öffentlichen Aufträge ab einer bestimmten Größe. Auch dem müsste man genüge tun. Das sind nur wenige Beispiele für die gravierenden Veränderungen, die sich aus einem Beitritt für den sozialen Zusammenhalt ergeben.

Nun herrscht der neoliberale Kapitalismus natürlich auch außerhalb der Europäischen Union, er ist nicht auf die EU angewiesen. Das trifft auch auf die Schweiz zu. Und doch scheint es mir so, dass die Bedingungen für Abwehrkämpfe gegen die Zumutungen des kapitalistischen Systems im nationalen Rahmen leichter und erfolgreicher zu führen sind. Hier existiert noch ein öffentlicher Raum des Dialogs und des Austauschs, den man auf europäischer Ebene vergeblich sucht. Und dieser öffentliche Raum ist unverzichtbare Bedingung dafür, dass sich Alternativen zur herrschenden Politik überhaupt erst artikulieren können. Innerhalb der EU fehlt hingegen diese demokratische Luft zum Atmen.

## II.

Ich komme zu dem zweiten Teil meiner Ausführungen, zu den Möglichkeiten und Chancen einer linken Politik in der Europäischen Union.

Trotz dieser beschriebenen offensichtlichen Demokratiedefizite kann man natürlich der Ansicht sein, dass es zu einer Mitgliedschaft der Schweiz in der EU keine Alternative gibt. Man könnte darauf hinweisen, dass die Globalisierung unwiderruflich zu einer Entmachtung der vereinzelt Nationalstaaten geführt habe und sich das wohlfahrtsstaatliche Modell sich unter dem Druck der internationalen Märkte auflöse. Als Ausweg bliebe aus dieser Sicht nur noch die Rekonstruktion des Sozialstaats auf einer höheren, multinationalen Ebene, und für Europa liegt dann die Lösung dann eben in der Stärkung der Europäischen Union. So in etwa argumentieren Sozialdemokraten und Gewerkschafter aber auch viele weiter links Stehende. Und tatsächlich ist ja ein Land wie die Schweiz, inmitten der Europäischen Union gelegen und auf das engste mit ihr wirtschaftlich und gesellschaftlich verflochten, immer wieder gezwungen, die auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen nur passiv nachzuvollziehen. Bietet es sich daher nicht an, als Mitglied wenigstens die damit verbundenen Rechte wahrzunehmen, auch wenn sie nur bescheiden sind?

So argumentieren ja die Sozialdemokraten bei euch gegenwärtig. Ich zitiere hier aus dem Positionspapier „Soziale Schweiz in einem sozialen Europa“ der SPS von September 2009. Darin heißt es: "Das Europäische Sozialmodell sieht sich immer wieder massiven Angriffen ausgesetzt. Umso mehr hat die Schweiz ein Interesse, dieses auch auf EU-Ebene zu verteidigen und wo nötig auszubauen. Denn fällt das Europäische Sozialmodell in der EU, so wird es auch in der Schweiz kaum mehr zu halten sein. Ebenso klar ist: Die soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung steht und fällt mit der EU. Die Schweiz kann da im Alleingang nichts ausrichten. Wer das Europäische Sozialmodell stärken und die Globalisierung sozial gestalten will, kann dies nur innerhalb der EU tun." So und ähnlich argumentieren Sozialdemokraten und Grüne überall in Europa.

Der wohl bekannteste Theoretiker dieser Position ist der deutsche Sozialwissenschaftler Jürgen Habermas. Ich möchte hier kurz auf seine Überlegungen eingehen. Sein Ausgangspunkt ist ganz ähnlich wie der im Positionspapier der SPS. Er sagt: "Unter den veränderten Bedingungen der postnationalen Konstellation kann der Nationalstaat seine alte Stärke nicht durch eine 'Politik des Einigeln' zurückgewinnen." Seine Antwort darauf formuliert er wie folgt: "Die bisherige Analyse legt vielmehr eine Strategie nahe, die der perspektivlosen Anpassung an Imperative der Standortkonkurrenz mit dem Entwurf einer transnationalen Politik des Einholens und des Einhegens globaler Netze begegnet."

Zentral für seine Lösungsvorschläge sind daher Begriffe wie "Einholen" und "Einhegen". Es sind Denkfiguren, die den sozialdemokratischen bzw. gewerkschaftlichen reformistischen Konzepten einer "Zähmung des Kapitalismus" entlehnt sind. Es geht Habermas darum, diese Politik der "Zähmung", die von der Sozialdemokratie unter Verweis auf die Globalisierung inzwischen aufgegeben wurde, wieder in die Debatte einzuführen. Es geht ihm um eine Verständigung über – wie er es nennt - "intersubjektiv geteilte Normen und gemeinsame Werte" es geht ihm um – so wörtlich - um „eine 'soziale Integration' der Lebenswelt von Kollektiven, die eine gemeinsame Identität ausgebildet haben." In dieser "sozialen Integration" sieht er heute die Möglichkeit des "Schließens" der Lebenswelten. Nach dem dramatischen kapitalistischen Globalisierungsschub sei es nun wieder an der Zeit für einen solchen Schritt. Ich zitiere: „In der europäischen Geschichte beobachten wir eine charakteristische Abfolge von Öffnungs- und Schließungseffekten." Und: "Bei jedem neuen Modernisierungsschub öffnen sich die intersubjektiv geteilten Lebenswelten, um sich zu reorganisieren und erneut zu schließen." Dies ist für ihn das Erfordernis der Gegenwart. Habermas sagt: "Die unter Öffnungsdruck desintegrierte Lebenswelt muss sich erneut schließen, nun freilich in erweiterten Horizonten."

Habermas geht es dabei in erster Linie um die Schaffung eines europäischen Global Players: Er sagt: "Im Rahmen der supranationalen Weltorganisation, also als Mitglieder der internationalen Gemeinschaft, müssten sich die Nationalstaaten auf transnationaler Ebene zu einer überschaubaren Anzahl solcher Global Players zusammenschließen - neben den 'geborenen' Großmächten eben Regimes von der Art einer außenpolitisch handlungsfähigen EU." Der Zusammenschluss europäischer Staaten zur EU soll nach ihm ausdrücklich deshalb erfolgen, um einen europäischen Global Player als "ein Regime von der Art einer außenpolitisch handlungsfähigen EU" zu schaffen, der es mit 'geborenen Großmächten', also mit den USA, China, Japan, Indien, Russland u. a., aufnehmen kann. Mit anderen Worten: Auf globaler Ebene soll die Habermassche "postnationale Konstellation" nicht gelten. Die Welt außerhalb Europas bleibt weiter bestimmt von Nationalstaaten. Diese Konstellation soll eben nur für die europäischen Staaten der EU Bedeutung haben, nur sie sollen ihre jeweiligen nationalen Souveränitäten einschränken, um auf diese Weise eine neue europäische Großmacht zu schaffen. Hinter den hochtrabenden Worten von einer neuen Epoche der postnationalen Demokratie steckt demnach nichts anderes als die alte Angst der europäischen Eliten, eingeschlossen in zweit- und drittrangigen Staaten, im weltweiten Konkurrenzkampf nicht länger mehr tonangebend sein zu können. Diese Angst stand übrigens bereits am Ausgangspunkt der europäischen Integration und hat sie stets begleitet.

Nun sieht Habermas in der europäischen Integration, neben der damit möglichen Bewahrung der Weltgeltung des alten Kontinents, auch die Chance, den im nationalen Rahmen entstandenen Wohlfahrtsstaat zu bewahren, indem er auf die europäische und damit auf eine höhere Ebene gehoben und dort globalisierungsfest gemacht wird. Diese Verknüpfung mit einer Perspektive der Erneuerung des Sozialstaats macht seine europäischen Überlegungen ja gerade so attraktiv für sozialdemokratische und gewerkschaftliche Diskurse.

Für Habermas gab es zumindest noch im Jahr 1998 für die Bewahrung der sozialpolitischen Errungenschaften nur *einen* offensiven Ausweg. Damals schrieb er über die Bedingungen für die Zurückgewinnung der politischen Gestaltungskraft auf supranationaler Ebene: "Ohne konvergente Steuersätze, ohne eine mittelfristige Harmonisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitiken überlassen wir das Schicksal des europäischen Gesellschaftsmodells fremden Händen." Über den Euro sagte er damals: "Die Währungsunion ist der letzte Schritt auf einem Weg, der zwar von den Initiatoren des Projekts mit weitreichenden Hoffnungen begonnen worden ist, der sich aber aus der Retrospektive nüchtern als 'intergouvernementale Marktherstellung' beschreiben lässt. Heute ist der Punkt erreicht, wo eine dichte horizontale Vernetzung über den Markt durch eine noch viel schwächer legitimierte Behörde ergänzt wird." Vor diesem Hintergrund entwarf Habermas 1998 eine völlig veränderte Agenda der europäischen Integration. Er forderte: "Neben der Geldwertstabilität sind Beschäftigungsstand und kontinuierliches Wirtschaftswachstum gleichrangige und konkurrierende wirtschaftspolitische Ziele, die erforderlichenfalls in Konkurrenz zur unabhängigen Zentralbank verfolgt werden."

Doch aus all dem ist nichts geworden. Die großen Hoffnungen, die Jürgen Habermas und mit ihm viele Sozialdemokraten, Grüne und Gewerkschafter in den Verfassungsprozess, in den Europäischen Verfassungsvertrag hatten, erwiesen sich als Illusion. Der Verfassungsvertrag enthielt weder konvergente Steuersätze noch eine mittelfristige Harmonisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitiken. Auch sind in der Politik der Europäischen Zentralbank neben der Geldwertstabilität Beschäftigungsstand und kontinuierliches Wirtschaftswachstum nicht zu gleichrangigen Zielen erhoben worden.

Tatsächlich hat Habermas längst erkannt, dass "sein soziales Europa" nicht entsteht. Sein persönlicher Wendepunkt stellte das Scheitern des Verfassungsvertrags bei Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden im Jahr 2005 dar. In diesem Scheitern sah Habermas vor allem ein Versagen der politischen europäischen Eliten. Er kommentierte den Ausgang dieser Abstimmungen wie folgt: "Die Politische Union ist über die Köpfe der Bevölkerungen hinweg als ein Eliteprojekt zustande gekom-

men und funktioniert bis heute mit jenen demokratischen Defiziten, die sich aus dem wesentlich intergouvernementalen und bürokratischen Charakter der Gesetzgebung erklären." Auch am Reformvertrag als Nachfolger des Verfassungsvertrags ließ er kein gutes Wort. Er sagte über ihn: Der "abgespeckte Reformvertrag" besiegelt "den elitären Charakter eines von den Bevölkerungen abgehobenen Geschehens. Der Modus der Aushandlungen, der Verzicht auf Referenden selbst da, wo sie eigentlich geboten sind, der groteske Verzicht auf bereits akzeptierte Gemeinschaftssymbole (wie Fahne und Hymne), schließlich die nationalen Ausnahmeregelungen und die deflationierenden Werbestrategien, mit denen einige Regierungen das Ergebnis von Lissabon zu Hause verkaufen - das alles bekräftigt den bisherigen Politikmodus und macht die ängstliche Abkoppelung des europäischen Projekts von der Meinungs- und Willensbildung der Bürger definitiv." Auch "hatte sich der Verfassungsvertrag der berechtigten Kritik ausgesetzt, Grundzüge einer Wirtschaftsverfassung festzuschreiben, die in einem solchen Dokument keinen Platz haben".

Diese Abwendung ihres Idols Jürgen Habermas von der real existierenden Europäischen Union verschweigen die heutigen modernen Sozialdemokraten und ebenso die Grünen wenn sie weiter unverdrossen für die Europäische Union Werbung machen. Von einem "europäischen Sozialmodell", das durch und innerhalb der EU bewahrt wird, kann daher keine Rede sein. Auch die schweizerischen Sozialdemokraten laufen hier einer Schimäre nach!

### **III.**

Ich komme zum letzten Abschnitt meiner Ausführungen, ich komme zur gegenwärtigen Euro-Krise. Die tiefste internationale Wirtschafts- und Finanzkrise nach dem Zweiten Weltkrieg hat in Europa ihre Fortsetzung in der Euro-Krise gefunden. Und es ist heute noch gar nicht absehbar, wann und wie sie enden wird. In dieser europäischen Krise haben sich tiefe Gegensätze innerhalb der EU und hier vor allem innerhalb der aus 17 Staaten bestehenden Eurozone herausgebildet. Ich kann hier nur andeuten, wie diese großen Unterschiede entstanden sind. Ich muss hier auf mein Buch „Griechenland, die Krise und der Euro“ verweisen, in dem ich versucht habe, die Zusammenhänge aufzuhellen. Hier nur soviel dazu: In den kerneuropäischen Ländern, übrigens auch in der Schweiz, hatten sich über Jahre enorme Summen anlagesuchenden Kapitals angehäuft. Dies war sowohl Resultat einer gigantischen Umverteilung von Vermögen von unten nach oben als auch eines über Jahre anhaltenden Exportbooms der Industrien Kerneuropas. An der Spitze dieses Exportbooms standen dabei die deutschen Konzerne. Bekanntlich war Deutschland bis 2009 Exportweltmeister, und rund 60 Prozent seiner Exporte gehen noch heute in die EU.

Der Kapitalexport in die europäische Peripherie bewirkte dort die Entstehung einer massiven Verschuldung, Überschuss und Defizit entsprachen also einander. Zur Verschuldung der Peripherie gehörte die Entstehung von großen Immobilienblasen in der Peripherie, in Irland, Spanien und im Baltikum. Dies ist – nur kurz skizziert – der Grund für das gegenwärtige Auseinanderfallen von Kern und Peripherie in der EU. An einem Beispiel sei dies illustriert: Zwischen 2000 und 2009 häufte allein Deutschland einen Leistungsbilanzüberschuss i. H. v. 1 Billion Euro an - Spanien dagegen ein Defizit von einer halben Billion.

Im Ergebnis existiert heute in der Eurozone eine dreigespaltene Konjunktur: In Deutschland, Finnland, den Niederlanden und in Österreich haben wir ein exportgetriebenes Wachstum. So wuchs die deutsche Wirtschaft 2010 um 3,6 Prozent. In Italien, Spanien und Frankreich stagniert die Wirtschaft. Und in Griechenland, Portugal und Irland erleben wir sogar eine Rezession.

Vor allem Griechenland erlebt einen Rückgang seines Bruttoinlandsprodukts. Die Zahlen sind: Minus 1,7 % für das 3. Quartal 2010 und minus 1,4 % für das 4. Quartal 2010. Im Vergleich zum Jahr 2009 lag die Wirtschaftsleistung 2010 um 6,6 Prozent niedriger - gerechnet worden war mit einem Minus

von 4,8 Prozent. In Griechenland schrumpft damit die Wirtschaft nun schon im dritten Jahr in Folge. Die geplante Rückführung des griechischen Defizits, das im Jahr 2009 mehr als 15 Prozent betrug auf 3 Prozent in nur vier Jahren dürfte sich damit als Illusion erweisen. Auch Irland erlebte einen Rückgang seiner Wirtschaftsleistung von minus 1 Prozent im 2. Quartal 2010, im 3. Quartal konnte ein geringes Wachstum von 0,5 % erreicht werden. Ähnlich auch Portugal: Hier ging die Wirtschaftsleistung im 4. Quartal 2010 um 0,3 % zurück. Schließlich noch ein Blick auf Spanien. Hier wurde im 4. Quartal 2010 nur ein geringes Plus von 0,2 % erreicht.

Diese Zahlen zeigen: Die Defizitländer in der Peripherie haben gar kein oder nur ein geringes Wachstum, in einigen Ländern geht die Wirtschaftsleistung sogar zurück. In Griechenland und Irland liegt die Ursache dafür vor allem in den harten Austeritätsmaßnahmen begründet, die diese Länder als Preis für sogenannte „Rettungs“pakete akzeptieren mussten. Das „Memorandum of Understanding“ mit Griechenland vom 02.05.2010, dem Land diktiert vom Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank, bedeutet eine drakonische Kürzungspolitik. Betroffen sind davon nahezu alle Bereiche der Politik: Die Löhne im öffentlichen Sektor, die Renten, die Arbeitsmarktpolitik, die Ausgaben für die Infrastruktur, die Bildung usw. Die Folgen dieser Einschnitte sind sinkende Einkommen, unzählige Konkurse und weitere Arbeitslose. Auch in Irland ist diese Entwicklung bereits absehbar. Das diesem Land Oktober 2010 oktroyierte Protokoll wird das Land noch tiefer in die Krise stürzen.

Vor diesem Hintergrund scheint es auf den ersten Blick ein Fortschritt zu sein, dass jetzt endlich über eine Wirtschaftsregierung zumindest für die Euroländer nachgedacht wird. Und ausgerechnet die deutsche Bundesregierung fordert sie jetzt. Über Jahre hinweg hatte sie eine europäische Wirtschaftsregierung stets abgelehnt. Allein die deutsche Linke verlangte sie. In der EU war es die französische Regierung, die für sie, zumindest für die Eurozone, warb. Noch 2009 sah Kanzlerin Merkel in einer Wirtschaftsregierung für die 17 Euroländer nichts anderes als eine Spaltung der Union. Trotzig erklärte sie auf einem Ratsgipfel: "Wir sind die Wirtschaftsregierung".

Doch jetzt sucht die Bundesregierung verzweifelt nach einem Instrument, wie sie die europäischen Defizitländer der Peripherie an die Kandare nehmen kann. Da der Stabilitäts- und Wachstumspakt kaum noch beachtet wird und die deutsche Absicht, die aus seiner Verletzung folgenden Strafen künftig automatisch wirken zu lassen am Einspruch Frankreichs scheiterte, wird nun von Berlin ein "Pakt für Wettbewerbsfähigkeit" verlangt. Zu seiner Begründung heißt es: "Dieser Pakt zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit in den beteiligten Staaten dauerhaft zu erhöhen und so eine stärkere wirtschaftliche Konvergenz zu erreichen." Zugleich wird klargestellt, wer und was sich zu ändern hat: "Dabei muss der Mechanismus zur makroökonomischen Überwachung insbesondere bei den Mitgliedstaaten ansetzen, die aufgrund ihrer starken Wettbewerbsdefizite eine Gefahr für die Finanzstabilität des Euro-Raumes darstellen können." Das im Pakt enthaltene "6-Punkte Programm für mehr Wettbewerbsfähigkeit, dessen Maßnahmen binnen 12 Monaten national umzusetzen sind" ist denn auch der Versuch, die sogenannte deutsche Stabilitätspolitik in die anderen EU-Länder zu exportieren. Es ist eine Kurzfassung der Agenda 2010 von Schröder und Fischer, was da zur Nachahmung empfohlen wird.

Damit auch europaweit überall die Löhne sinken, wird im "Pakt" die Abschaffung der Lohnindexierungssysteme gefordert. In Portugal, Belgien und Luxemburg gibt es sie noch. Die empfohlene Rente mit 67 ist bereits jetzt ein deutsches Exportprodukt: Griechenland, Irland, Frankreich und Spanien haben sie bereits übernommen. Nun wird generell "die Anpassung des Rentensystems an die demographische Entwicklung (z.B. Renteneintrittsalter)" gefordert. Ein weiterer Exportschlager soll die "Schuldenbremse" werden. So soll die "Verpflichtung zur Verankerung einer 'Schuldenbremse' in die Verfassungen aller Mitgliedstaaten." geschrieben werden. Zwar enthält der Pakt auch das Verlangen

nach einer "einheitlichen Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage", was der irischen Regierung gar nicht gefällt, doch solange eine solche Vereinheitlichung nicht mit abgestimmten Steuersätzen einhergeht, wird sich am europäischen Steuerwettbewerb nichts ändern. Ganz und gar illusorisch ist die Vorstellung, dieses 6-Punkte-Programm "binnen 12 Monaten national umzusetzen" zu können. Dies gilt zumal für das Verlangen, sich "über die gegenseitige Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen zur Förderung der Arbeitsmobilität in Europa" zu einigen.

So soll mit dem "Pakt für Wettbewerbsfähigkeit" und der damit einhergehenden Wirtschaftsregierung allein davon abgelenkt werden, dass die Bundesregierung längst ihre Zustimmung zur Verlängerung und zur Erhöhung des zunächst bis 2013 befristeten Stabilisierungsmechanismus, des sogenannten Rettungsschirms, gegeben hat. Diese Zustimmung erfolgte auf Druck der Banken und anderer Finanzinvestoren, die um ihre Kredite in den europäischen Peripherieländern bangen und deshalb nach staatlichen Garantien für sie verlangen. Doch da eine solche zweite Bankenrettung in der deutschen Öffentlichkeit unpopulär ist, will man in Muskelspielen gegenüber den "Schlendrianen des Südens" Stärke zeigen.

So wie die deutschen neoliberalen Politiker denken aber auch führende schweizer Politiker. Ich zitiere hier noch einmal Bundesrätin Doris Leuthard gemäß dem *EU-Info Deutschland*: "Mit dem Blick auf die Forderungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in der Griechenlandkrise, das hoch verschuldete Länder durch harte Sparmaßnahmen zur Problemlösung herangezogen werden, sagte Leuthard: 'Wir danken Deutschland, der harten Haltung auch der Kanzlerin.' Kritik etwa aus den USA an dem hohen deutschen Export wies die Bundesrätin zurück: "Hören sie nicht auf die Unkenrufe, Deutschland müsse den Export drosseln. Wenn man stark ist, soll man noch stärker werden und sich nicht selbst schwächen." In der Tat: Eine solche Schweiz würde gut den neoliberalen Block in der EU ergänzen und stärken!

Die deutschen Pläne werden aber am Widerstand der anderen Euroländer scheitern. Selbst enge Verbündete Berlins haben bereits Bedenken angemeldet. Paris ist nicht bereit, über seinen indexierten Mindestlohn reden zu lassen. Belgien besteht auf der Lohnanpassung an die Inflationsentwicklung und selbst die ansonsten so folgsame Regierung in Wien will keine verordnete Erhöhung des Renteneintrittsalters. Auch in Deutschland gibt es Kritik: Rechte Ordnungspolitiker befürchten, dass die "marktwirtschaftlich orientierte deutsche Wirtschaftspolitik durch Dirigismus abgelöst werden könnte".

Tatsächlich bedeuten die mit einem solchen "Pakt für Wettbewerbsfähigkeit" verbundenen Einschnitte eine weitgehende Aufhebung der nationalen Souveränitäten der Euroländer. Dies stößt aber dort auf den Widerstand der sozialen Bewegungen, die nicht zulassen können, dass ihre Länder zu Kolonien werden. Gegenüber der wachsenden deutschen Hegemonie in Europa ist daher die Verteidigung der Souveränitäten der kleineren Euroländer die wichtigste Waffe. Auch diese Entwicklung sollte man bei der Diskussion über einen Beitritt der Schweiz zur EU berücksichtigen.